

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 61 (1982)
Heft: 5

Artikel: An die SP-Regierungsräte : der Wille zur Selbstbestimmung
Autor: Meyer, Kurt
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339866>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Persönlich neige ich dazu, im Kampf um zusätzliche Medienangebote eine Abseitsposition zu riskieren. Eine skeptische Einschätzung der vorhandenen Kräfte lässt befürchten, dass eine minimale Präsenz in wettbewerbsmässigen Radioversuchen zur Liquidation unserer Presse führen könnte. Dieser Preis wäre zu hoch.

Hingegen ist die Medienpolitik künftig als Feld für grundsätzliche Fragestellungen ernster zu nehmen. Statt zusätzliche Programme für ein erträumtes Zielpublikum zu konzipieren wäre ein Ziel, das breite Publikum

mit den Zweifeln am Sinn grundsätzlicher Programme konfrontieren. Gegen die Forderung nach mehr technischer Kommunikationshilfe lässt sich die Kritik an all jenen Fehlentwicklungen stellen, die das direkte Gespräch zwischen den Menschen immer seltener werden lassen: bei der Arbeit und in der Freizeit. Etwas weniger Medienkonsum wäre wahrscheinlich das besserer Resultat medienpolitischer Arbeit als etwas mehr Präsenz auf irgendeinem Kanal. Linke Argumente fallen ja selten rechten Argumenten zum Opfer. Ablenkung und Entpolitisierung sind für die Gegenseite stärkere Waffen.

Wenn darum der Arbus am 8. Mai an einer Tagung das Thema «Medienökologie» aufgreift, dann ist das kein Ausweichen vor den tagesaktuellen Problemen um Radio und Fernsehen und dem ganzen Rattenschwanz der neuen Medien. Vielmehr ist es ein offensiv verstandener Versuch, dem Streben um das Wie endlich ein Warum entgegenzustellen. Den Technokraten und den Geschäftemachern aus Wirtschaft und Politik zu Trotz.

Anmerkung:

Hinweis auf die Tagung «Wie viel Medien braucht der Mensch?» in der Beilage «Sintern».

An die SP-Regierungsräte:

Der Wille zur Selbstbesinnung

Von Kurt Meyer

Die Schweizerische Konferenz der sozialdemokratischen Regierungsvertreter ist erstmals auch auf die Exekutivmitglieder der grösseren Gemeinden ausgeweitet worden. An der Plenarsitzung von Anfang April hat der Präsident der Konferenz, Kurt Meyer, Bern, die Diskussion mit folgendem Referat eingeleitet:

Erstmals nahmen an der Plenarsitzung auch die vollamtlichen SP-Gemeinde- und Stadtpräsidenten der Gemeinden mit 10'000 bis 50'000 Einwohnern sowie die vollamtlichen SP-Exekutivmitglieder der Gemeinden mit mehr als 50'000 Einwohnern teil. Ich möchte daher noch einmal kurz auf die Diskussionen der vorangegangenen Plenarsitzungen über Sinn und Zweck dieser Konferenz zurückblenden.

Ich sehe drei wesentliche Anliegen für unsere Konferenz:

1. Wir Exekutivmitglieder der

SP wollen uns gegenseitig kennen lernen, die Kameradschaft und den Erfahrungsaustausch pflegen.

2. Wir wollen den Dialog mit der Partei, die wir vertreten, intensivieren und verbessern, insbesondere auch den Dialog mit den Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung insgesamt. Indem wir uns als Vertreter der Partei *und* der Gewerkschaften verstehen und das Gespräch *mit* ihnen suchen, verbessern wir auch die Voraussetzungen für das Gespräch *zwischen* den beiden Parteien.

3. Wir wollen Verständnis schaffen dafür, dass wir als Vertreter unserer Partei fast immer gegen eine bürgerliche Mehrheit antreten und dass diese Aufgabe umso schwieriger wird, je weniger wir eine geschlossene Partei im Rücken haben.

Allzu oft sehen wir uns in einem ungewollten Zweifrontenkrieg verwickelt: Der bürgerliche Regierungsmehrheit gegenüber stehen wir als «Linke» da und müssen Kompromisse nach rechts machen, gleichzeitig aber werden wir vom radikalen Flügel der SP in die Rolle der Gemässigten gedrängt und müssen uns quasi nach links verteidigen.

Ich komme mir manchmal vor wie auf der Autobahn: Rechts

fahrer und Linksüberholer fahren anonym aneinander vorbei und zeigen sich höchstens den Finger. Warum setzen wir uns nicht in die Eisenbahn, wo wir einander von Gesicht zu Gesicht gegenüber sitzen und das Reiseziel zusammen erreichen? Hier sehe ich die zentrale Aufgabe unserer Konferenz: Unsere Zusammenarbeit untereinander und mit der Partei derart zu verbessern, dass wir unsere politische Rolle als Exekutivvertreter der SPS wirksam wahrnehmen können.

Diese Rolle soll eine *kritische* sein gegenüber bürgerlichem Interessengruppen-Liberalismus. Sie soll zwar «pragmatisch» im Sinne von praxisbezogen und vollziehbar sein, *aber sie darf den Willen zur Veränderung unserer Gesellschaft, der sozialdemokratischen Denken immer geprägt hat, nicht den Sachzwängen eines bürgerlichen Pragmatismus opfern*. Wir wollen die Gesellschaft, in der wir leben, so verändern, dass ein jeder Bürger und nicht nur eine begüterte Minderheit sich als mündiger Mensch in einer demokratischen Gesellschaft entfalten kann. «Sozialdemokratie» heisst für uns, dass es eine Demokratie im vollen Sinne des Wortes ohne Sozialismus nicht geben kann, genau wie es einen Sozialismus im eigentlichen Sinne ohne Demokratie nicht gibt. Darin wurzelt die kritische Rolle unserer Vertreter gegenüber der bürgerlichen Politik, welche Demokratie nur als Staatsform, aber nicht als Gesellschaftsform verstehen, das heisst wesentliche Lebensbereiche wie Wirtschaft und Schule nicht demokratisch organisieren will.

Ich meine nun, dass die Exekutivvertreter unserer Partei ihre kritische Rolle gegenüber der bürgerlichen Mehrheit nur dann glaubwürdig und wirksam wahrnehmen können, wenn wir

auch parteiintern mit der Kritik des radikalen Flügels zurande kommen. Wie können wir den Bürgerlichen vorwerfen, dass sie sich nur mit der Verteidigung des status quo begnügen, anstatt sich kritisch mit ihm auseinanderzusetzen, wenn wir selbst uns unfähig zeigen, uns mit parteiinterner Kritik auseinanderzusetzen?

Als Leitmotiv zur Bewältigung beider Problemkreise — Kritik intern, kritische Rolle extern — scheint mir folgender Gedanke geeignet: Wer sich glaubwürdig gegen Kritik verteidigen will, muss zeigen, dass *er selbst kritisch* ist, und das heisst auch: dass er *selbstkritisch* (in einem Wort) ist. Kritisch sein bedeutet also Selbstreflexion, Selbstbesinnung auf den eigenen Standpunkt. *Unser eigener Standpunkt ist unser blinder Fleck*: Um ihn zu sehen, müssen wir ihn zuerst verlassen und aus der Distanz betrachten. Das heisst natürlich nicht, dass wir einfach unsern Kritikern recht geben, denn dieselbe Standpunktbegrenztheit zeichnet ja auch sie aus. In der Praxis sind wir alle teilweise blind gegenüber unserem eigenen Standpunkt. Genau diese Funktion sollten wir unsern Kritikern zubilligen: dass sie uns dabei helfen können, ja uns manchmal vielleicht zwingen unsern eigenen Standpunkt besser zu sehen und schärfer zu formulieren.

Warum sage ich das alles? Nicht um einer schönen Utopie von Harmonie nachzuhängen, sondern weil ich hier eine *Chance zu einem grundlegenden Konsens in unserer Partei* sehe. Solange wir Exekutivvertreter uns parteiintern als Objekt einer «realitätsfernen», «utopischen» oder «bloss ideologisch motivierten» Kritik des radikalen Parteiflügels begreifen, wiederholen wir nur das Verhaltens- und Denkmuster bürgerlicher Exekutivmitglieder uns

selbst gegenüber. Wir müssen parteiintern soweit kommen, dass wir *Kritik, und die dazugehörige selbstkritische Besinnung, als nützliches und notwendiges Hilfsmittel politischer Arbeit verstehen*; dann können wir gegenüber der Öffentlichkeit und gegenüber den bürgerlichen Parteien wieder als geschlossene Partei auftreten — als Partei, die in dieser selbstkritischen Grundhaltung den Grundkonsensus findet, der ihre Einheit und Stärke ausmacht.

Der Wille zur Kritik und Veränderung unserer Gesellschaft hebt unsere Partei von den andern grossen Parteien der Schweiz ab; der Wille zur kritischen Auseinandersetzung und Selbstbesinnung innerhalb der Partei aber macht unsere kritische Rolle gegenüber der bürgerlichen Politik erst glaubwürdig und wirksam. Dies allerdings nur dann, wenn wir in der parteiinternen Auseinandersetzung genügend Solidarität und Toleranz aufbringen, an der internen Kritik nicht zu zerbrechen, sondern an ihr zu wachsen. Zum Schluss appelliere ich daher an unsere *Toleranz*: Tolerant sein heisst, dem Andersdenkenden zuzuhören, weil man ihn ernst nimmt und weil man weiss, dass seine Kritik uns davor bewahrt, den eigenen Standpunkt zur Selbstverständlichkeit werden zu lassen.

Unserer Partei ist glücklicherweise der eigene Standpunkt noch nicht zur unreflektierten Selbstverständlichkeit geworden. Interne Toleranz aber sollte uns zur Selbstverständlichkeit werden. Ich hoffe, dass unsere Konferenz dazu einen Beitrag leisten wird, indem wir uns gegenseitig kennen und schätzen lernen und indem wir gemeinsam nach Möglichkeiten suchen unsere Zusammenarbeit mit der Partei und den Gewerkschaften zu vertiefen.